

19. DGB-Bundeskongress

4. Tag – 19. Mai 2010

Grußwort von Dr. Ursula von der Leyen

Bundesministerin

für Arbeit und Soziales

Sehr geehrter Herr Sommer! Sehr geehrte Mitglieder des DGB-Bundesvorstandes! Sehr geehrte Delegierte! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich Ihnen, lieber Herr Sommer, zu Ihrer Wiederwahl als Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes ganz herzlich gratulieren. Ich freue mich auf unsere Zusammenarbeit. Ich kann noch nicht sagen, weitere Zusammenarbeit, weil ich relativ kurz erst im Amt bin. Sie sind schon in der dritten Runde. Aber wir haben gute gemeinsame, konstruktive Erfahrungen der Zusammenarbeit in der letzten Legislatur beim Thema Familie, Vereinbarkeit von Beruf und Familie gewonnen. Ich hoffe, dass es auf diesem konstruktiven Niveau auch weitergeht.

Mein Glückwunsch gilt natürlich auch den weiteren Mitgliedern des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes. Ich weiß, wir arbeiten gewissermaßen auf verschiedenen Baustellen, aber es gibt viele Themen, wo wir ein gemeinsames Ziel haben, wo ich ganz offen sage, dass ich Sie dann auch brauche, wenn wir dieses Ziel gemeinsam erreichen wollen. Insofern hoffe ich in diesem Sinne auf eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen allen.

Meine Damen und Herren, in den vergangenen Tagen und Wochen hat ja vor allem das Thema Krise, und zwar Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Staatenkrise die Diskussion dominiert. Es ist im Augenblick immer noch eine Diskussion um Milliardenräder, die da gedreht werden im Kampf gegen die Auswüchse an den Finanzmärkten. Ich will Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich mag mich an solche Ausnahmesituationen der Milliardenräder, die gedreht werden, nicht gewöhnen. Wir können ja nicht tatenlos zusehen, dass Spekulanten ganze Staaten mit ihren Wetten ins Wanken bringen und die gesamte Eurozone gefährden.

Und wir können uns natürlich auch nicht herausreden, dass wir massiv eintreten müssen, um die Stabilität unserer Währung, unseres Landes, unseres Europas zu gewähren. Aber was mich so schmerzt bei diesem Prozess, ist, dass bei diesen aberwitzigen Dimensionen, die da diskutiert werden, uns ganz schnell der Blick verloren geht auf die scheinbar kleineren Dinge, die doch für die Menschen in diesem Land so viel wichtiger sind.

Das ist die Frage, ob ich meinen Arbeitsplatz behalte. Das ist die Sorge, ob ich Beruf und Familie, Kindererziehung und die Pflege Älterer miteinander vereinbaren kann. Das ist die Frage, ob der Anschlussjob da ist, wenn Befristung da ist, wenn prekäre Arbeit da ist.

Meine Damen und Herren, wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass unter der großen Diskussion der Milliarden, die im Augenblick zur Rettung der europäischen Stabilität und der Staaten eingesetzt werden, diese entscheidenden Themen, die die Menschen wirklich im Kern ihres Herzens berühren, nicht verloren gehen und nicht untergehen. Dazu brauche ich Ihre Hilfe. (Beifall)

Ich bin eine Europäerin aus ganzem Herzen und aus fester Überzeugung. Das soll auch nicht missverstanden werden. Ich halte den Fall der Grenzen Europas für eine der größten Errungenschaften unserer Zeit, und ich würde mich immer dafür ins Zeug legen, dass die Menschen in Europa unabhängig von nationalen Grenzen leben können, reisen können, arbeiten können. Aber ich sage auch ganz klar: Wenn wir dieses Thema Europa ernst nehmen – dahinter steht auch das große Thema der Freizügigkeit in Europa, um in der Tat ohne Grenzen arbeiten zu können –, dann ist es unsere Aufgabe, aufzupassen, dass mit dieser Freizügigkeit nicht plötzlich ein Wettbewerb um die billigsten Löhne am bequemsten Standort in Gang gesetzt wird, nicht plötzlich ein Wettbewerb darum, wer die Arbeitsbedingungen flexibler gestalten kann, die Löhne weiter nach unten drücken kann. Genauso, wie wir dafür gekämpft haben, dass Menschen das Recht haben, in Europa frei zu leben, frei zu arbeiten, genauso müssen wir darum kämpfen, dass unsere Soziale Marktwirtschaft und unsere Errungenschaften um faire Arbeitsbedingungen, um faire Löhne und um Mitbestimmung von Deutschland aus europäisiert werden und Selbstverständlichkeit in Europa werden. Wir wollen unser Sozialmodell exportieren, meine Damen und Herren, und wir wollen nicht den schleichenden Abbau unserer Standards und Bedingungen importieren durch die Freizügigkeit in Europa. (Beifall)

Da geht es ganz konkret um bestimmte Branchen, wo wir das jetzt erleben. Das ist auch die Branche der Leiharbeit. In dieser Branche wissen wir, dass durch die Freizügigkeit im Mai 2011 schlicht und einfach Tor und Tür geöffnet werden können, dass wir eine Konkurrenz und einen Billiglohnwettbewerb in unserem Land bekommen. Wir wissen inzwischen zum Beispiel, dass Leiharbeitsfirmen aus den osteuropäischen Ländern hier bei uns in Berlin bereits Werbevorträge halten, wie sie mit osteuropäischen Tarifverträgen Löhne von drei und vier Euro in der Zeitarbeit hier in Deutschland garantieren können. Wenn wir das nicht wollen, meine Damen und Herren – ich sage an dieser Stelle ganz deutlich: ich möchte das nicht hier in diesem Land haben –, (Beifall) dann müssen wir es schaffen, in der Leiharbeit eine Lohnuntergrenze festzulegen. Denn eines ist auch klar bei den osteuropäischen Tarifverträgen: In den jeweiligen Ländern sind sie nicht wirksam, sie können aber ohne Weiteres hierher nach Deutschland importiert werden. Das heißt, wenn wir keine Lohnuntergrenze haben, dann gilt dieser Tarifvertrag, der einen Lohn von drei oder vier Euro, wie es offen propagiert wird, in unserem Land möglich macht.

Nun will ich auch nicht die Augen davor verschließen, dass das nicht mal eben – Herr Wiesehügel, wie haben Sie gesagt? – in ein, zwei Tagen hopp hopp gemacht werden kann. Ich weiß völlig sicher, dass ich auf meiner Seite meiner Baustelle, wenn ich das so sagen darf, dicke Bretter zu bohren habe. Aber ich brauche Sie auch, damit es uns gelingt, auf Arbeitgeberseite und Arbeitnehmerseite, auf der Gewerkschaftsseite, mit einer starken Stimme zu sprechen.

Ich will an dieser Stelle meinen Respekt und meinen Dank dafür aussprechen, dass es in den letzten Wochen gelungen ist, dass Sie in vielen Tarifverträgen, die gerade mit dem DGB geschlossen worden sind, dafür gesorgt haben, dass es eine ganz klare einheitliche Sprache zur Lohnuntergrenze gibt. Aber, meine Damen und Herren, wir müssen geschlossen, mit einer Sprache, mit einer klaren Lohnuntergrenze, die überall einvernehmlich zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften in Deutschland verabredet ist, und mit der Forderung ins Feld gehen: Wir wollen in der Zeitarbeit einen Mindestlohn haben, der davor schützt, dass die Billiglöhne aus Osteuropa hier eingeführt werden. Das, meine Damen und Herren, ist das gemeinsame Ziel, und dazu brauche ich Sie. (Leichter Beifall – rhythmische Rufe: Mindestlohn! Mindestlohn, Mindestlohn!) – Ich weiß, dass Sie den Mindestlohn für alle wollen. (Beifall) Sie wissen sicherlich auch, dass ich immer gesagt habe, dass ich persönlich den Mindestlohn weder für eine Katastrophe noch für ein Allheilmittel halte. Beim ersten Punkt werden Sie begeistert jubeln, beim zweiten Punkt werden Sie wahrscheinlich „Buh“ schreien. (Zuruf: Nein!) – Das ist ja schon mal gut; dann haben wir ja schon mal einen Schritt erreicht. Ich halte den Mindestlohn für ein sinnvolles Instrument, um genau das hinzukriegen, was ich eben geschildert habe, nämlich dass – und das finde ich ganz wichtig in unserer reichen Sozialen Marktwirtschaft – ein einzelner Mensch, wenn er Vollzeit arbeitet, von seinem Lohn auch leben können muss, (Beifall) dass er nicht auf Hartz IV angewiesen ist.

Aber um diesen Lohn zu finden, ist das ein Instrument. Das kann man schlecht anwenden oder das kann man gut anwenden. Wir haben gesehen, in Frankreich ist er zu hoch, wir haben gesehen, in England machen sie es richtig. In Deutschland gehen wir den dritten Weg. Dieser dritte Weg ist – das ist entscheidend für Sie – die Tarifpartnerschaft und die Tatsache, dass die Sozialpartnerschaft in Deutschland eine gute Tradition hat. (Zahlreiche junge Delegierte halten Transparente hoch) – Wir kommen gleich zu Ausbildung, Arbeit und Leben, aber jetzt sind wir bei den Mindestlöhnen. Den Punkt mache ich erst einmal fertig, denn er ist mir wichtig. – Mir ist wichtig, dass wir diesen Weg, den wir eingeschlagen haben, weiter gehen, nämlich dass wir bei den Mindestlöhnen deutlich machen: Sie sind Expertinnen und Experten in eigener Sache, Sie sind in der jeweiligen Branche in der Lage, den richtigen Mindestlohn zu finden. Das ist die Tradition der Sozialpartnerschaft in Deutschland. Wenn es Ihnen gelingt, als starke Sozialpartner – das gibt Ihnen ja auch Legitimation – einen gemeinsamen Branchenmindestlohn hinzukriegen, ja, dann ist die Aufforderung an die Politik richtig, diesen auch umzusetzen und zu vollstrecken.

Deshalb sage ich Ihnen auch zur Pflege: Das ist genauso ein Feld, auf dem wir lange gerungen haben. Wir wissen, die Pflege ist Knochenarbeit. Es sind Menschen, die sich hoch motiviert einsetzen müssen für die Pflegebedürftigen in unserem Land. Es sind Menschen, die qualifiziert arbeiten. Und es sind Menschen, die es verdient haben, für qualifizierte Arbeit anständig bezahlt zu werden. (Beifall)

Deshalb, meine Damen und Herren, halte ich es für richtig – ich habe hohen Respekt –, dass die Kommissionen zur Pflege es geschafft haben, zu einer klaren gemeinsamen Haltung zu einem Pflegemindestlohn zu kommen. Das war auch keine Selbstverständlichkeit. Da haben sich die Gewerkschaften, die Kirchen, die freigemeinnützigen und die privaten Anbieter zusammenfinden müssen und so manche Stunde ringen müssen um den richtigen Mindestlohn in der Pflege. Ich weiß, dass es nicht einfach war, nach stundenlangen Diskussionen das Gefüge des Mindestlohns in der Pflege über eine Strecke der Zeit hinzukriegen. Weil das eine solche Leistung ist, weil das auch legitimiert, dass Sie als Expertinnen und Experten in eigener Sache in der Gewerkschaften als starke Sozialpartner vor Ort in Ihrer Branche das letzte Wort zu den gemeinsamen Löhnen sprechen wollen, dass sich die Politik da nicht einmischt, will ich Ihnen umgekehrt auch deutlich sagen und zusichern: Diesen Auftrag, den Pflegemindestlohn umzusetzen, nehme ich nicht nur ernst, sehr ernst, sondern ich kann Ihnen hier und

heute zusichern: Wir werden den Pflegemindestlohn vollstrecken, wir werden ihn umsetzen, wir werden ihn auf den Weg bringen. Das sage ich als Mitglied dieser Bundesregierung, meine Damen und Herren. (Beifall) Der Pflegemindestlohn wird auf den Weg gehen; da beißt keine Maus mehr einen Faden ab.

In der Zeitarbeit werden wir dicke Bretter zu bohren haben, wie ich schon sagte. Ich brauche Ihre Hilfe für eine starke Stimme. Aber ich bin zuversichtlich: Je näher der Mai 2011 kommt, desto stärker wird auch diese Stimme und ihre Überzeugungskraft werden.

Aber noch einen Satz zur Zeitarbeit. Jetzt werde ich mir wahrscheinlich wieder ein paar Buhs einhandeln. Aber ich bin nicht grundsätzlich gegen Zeitarbeit. (Zurufe) – Okay, eine Runde Buh, danach rede ich weiter.

Ich habe nicht von Streikbrechern gesprochen. Ich habe gesagt: Ich bin nicht grundsätzlich gegen Zeitarbeit, wenn sie in dem Sinne genutzt wird, wie sie einmal intendiert war, nämlich dass Menschen, die vorher keine Chance hatten, eine Brücke in die Arbeit bekommen. Ich bin noch immer der Meinung: Es ist besser, zeitweilig Arbeit zu haben, als auf Dauer vollständig arbeitslos zu sein. 60 Prozent der Zeitarbeiter waren vorher arbeitslos, jeder Zehnte war vorher nie beschäftigt gewesen.

Ich sage aber auch deutlich, meine Damen und Herren, dass wir Auswüchse in der Zeitarbeit sehen. Ich nenne das Stichwort Schlecker. Da werden Stammbesellschaften rausgeschmissen und über die Leiharbeit wird die Stammbesellschaft ersetzt, wie das bei Schlecker der Fall gewesen ist, und zwar zu kleineren Löhnen, zu schlechteren Arbeitsbedingungen. Wir sehen jetzt in einem großen Gesundheitsunternehmen, dass junge Menschen ausgebildet werden, ihnen anschließend aber gesagt wird: Wir haben für Euch in diesem Unternehmen keine Anstellung. Aber wenn Ihr zu der Zeitarbeitsfirma geht, dann könnt Ihr über die Zeitarbeit zu schlechteren Löhnen und schlechteren Bedingungen hier wieder eingestellt werden.

Das, meine Damen und Herren, ist nicht im Sinne des Gesetzgebers gewesen. (Zurufe) Diesen Drehtüreffekt wollen wir nicht länger tolerieren. (Beifall – Zurufe) – Hören Sie mir zu Ende zu. Ich danke den Gewerkschaften. Ich weiß, dass Sie in den letzten Wochen und Monaten in vielen Tarifverträgen sogenannte „Schlecker-Klauseln“ eingearbeitet haben. Ich will ganz klar honorieren, dass Sie sich da mit aller Kraft und aller Aufrichtigkeit eingesetzt und durchgesetzt haben.

Ich muss Ihnen an dieser Stelle aber auch sagen: Ich bin der Meinung, das reicht nicht, das schließt nicht alle Schlupflöcher. (Beifall) Deshalb haben Sie auch heute hier meine Zusicherung, dass wir eine gesetzliche Regelung auf den Weg bringen werden, die diesen Drehtüreffekten ein Ende macht und damit auch die „Schlecker-Klausel“ in diesem Land ad absurdum führt. Das Ersetzen der Stamarbeit durch Leiharbeit werden wir in diesem Land nicht mehr tolerieren. (Beifall)

Das ist der Blick auf die Kurzfrist. Ich lese hier vor mir Transparente wie „Generation prekär – nicht mit uns“, „Hände weg vom Jugendarbeitsschutzgesetz“. Ich war einmal Jugendschutzministerin. Es ist in Ordnung, dass Sie sagen: Hände weg vom Jugendarbeitsschutzgesetz. Mir sprechen Sie damit aus dem Herzen. Ich lese hier ferner: „Ausbeutung von Praktikanten gesetzlich verhindern“ und „Ausbildung für alle“.

Das zeigt ja, dass Ihnen zu Recht die Sorge unter den Nägeln brennt: Wie wird das in Zukunft gehen? Kriege ich einen unbefristeten Arbeitsplatz? Kriege ich überhaupt einen Arbeitsplatz? Finde ich in der Branche, in der ich suche, Arbeit?

Meine Damen und Herren, ich habe vorhin gesagt: Die Finanzkrise, die Wirtschaftskrise, die Staatenkrise übertönt förmlich die gesamte Diskussion. Heute haben wir ganz, ganz viele Schlaumeier, die das ja alles immer haben kommen sehen. Aber seien wir einmal ehrlich, ein oder zwei Jahre zurückgedacht: Keiner hat das in dieser Massivität, in diesem Ausmaß kommen sehen. Ich sage das bewusst, weil wir alle die Krise, die als nächste auf unser Land zukommt, sehen. Das ist die Strukturkrise durch den demografischen Wandel. Hier muss ich ein paar Dinge sagen, von denen ich weiß, dass wir da nicht ganz auf einer Linie sind. Trotzdem müssen wir sie diskutieren.

Wir werden immer weniger Erwerbstätige in diesem Land haben. Das hat uns der demografische Wandel ins Stammbuch geschrieben. Ich könnte hier einen leidenschaftlichen Vortrag über das Thema halten, warum die demografische Entwicklung so gewesen ist, wie sie gewesen ist. Es hat nämlich in den letzten 30 Jahren in diesem Land einen Mangel an Vereinbarkeit von Beruf und Familie gegeben, der zum Himmel schreit. (Beifall) Aber das ist ein Referat, das ich als Familienministerin halten müsste und nicht als Arbeitsministerin.

Die Dinge sind geschehen, die Kinder sind nicht geboren, der demografische Wandel ist da. Ich möchte, dass wir jetzt sehenden Auges die Herausforderungen, die der demografische Wandel und der Strukturwandel mit sich bringen, angehen und die Chancen ergreifen, die er für manche Menschen auch sein kann. Wenn weniger da sind, die erwerbstätig sind, dann

lasst uns doch hinschauen, welche Menschen heute keine Chancen haben, den Weg in den Arbeitsmarkt zu finden oder in der Arbeit akzeptiert zu sein.

Da kommen wir sehr schnell auf die Gruppen, die am stärksten bei der Langzeitarbeitslosigkeit vertreten sind, die – ganz unabhängig davon, ob wir wie bis 2008 eine Boomkonjunktur hatten oder ob wir eine Krise haben – keine Chance haben, in den Arbeitsmarkt zu kommen. Das ist die große Gruppe der Älteren über 50 Jahre. Es sind 1,2 Millionen Menschen, die über 50 Jahre alt sind, in Langzeitarbeitslosigkeit. Das ist kein altes Eisen, meine Damen und Herren. Wenn wir es ernst meinen, diesen Menschen eine Chance zu geben, und zwar nicht nur denjenigen in Langzeitarbeitslosigkeit, sondern allen Älteren über 50 Jahren, dann müssen wir uns an die Arbeit machen, darüber nachzudenken, wie wir die Arbeitsmöglichkeiten für ältere Menschen in diesem Land auf Dauer so gestalten, dass sie fair sind, dass sie motivierend sind und dass sie anerkennend sind.

In der Krise haben die OECD-Länder unterschiedliche Maßnahmen ergriffen. Aber kein Land hat den Fehler gemacht, den Rückfall in die Frühverrentung zuzulassen. Ich weiß, dass Sie mit dem Thema, wann das Rentenalter kommt, hadern. Ich möchte zusammen mit Ihnen, dass wir uns nicht immer nur an dieser Frage verbeißen und blind auf dem Auge werden: Wie soll denn Arbeit im älteren Erwerbsleben gestaltbar und lebbar sein?

Ich möchte, dass wir in unseren Betrieben wieder nach dem guten alten Motto verfahren, dass Lebensleistung und Berufserfahrung anerkannt werden. Ich möchte, dass wir wieder das alte Prinzip des guten Sprichworts erkennen: Ja, die Jungen rennen schneller, aber die Alten kennen die Abkürzungen. Beides, meine Damen und Herren, müssen wir zusammenbringen. (Beifall)

Ich möchte eine zweite Gruppe ansprechen: Das ist die Gruppe der Alleinerziehenden. Dahinter verbirgt sich das, was ich eben gesagt habe, nämlich dass sich unser Land über 30, 40 Jahre geleistet hat, entweder zu sagen „Frauen mit Kindern können nicht arbeiten“ oder „Frauen mit Kindern wollen nicht arbeiten“. Ich kenne viele, viele Frauen mit Kindern, die gern arbeiten würden. Es gehört zum Selbstverständnis gebildeter Menschen in einer modernen Zeit, dass Kindererziehung und Arbeit zusammengehören. Das sind Menschen, die ganz viele Fähigkeiten erworben haben, die wir normalerweise in den Führungspositionen suchen. Ich bin sicher, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise nicht so über unsere Welt hinweggerauscht wäre, wenn in den Vorständen unserer Unternehmen mehr Frauen gewesen wären, die Kinder erziehen, meine Damen und Herren. (Beifall)

Werfen wir einen Blick auf diejenigen, die ganz draußen sind. Das sind die Alleinerziehenden in der Langzeitarbeitslosigkeit, in Hartz IV. Bei den Alleinerziehenden ist das keine Randgruppe mehr. 20 Prozent der Familien in Deutschland sind inzwischen alleinerziehend. Jede zweite Alleinerziehende ist langzeitarbeitslos. Das sind 640.000 Menschen mit einer Million Kindern. Diese Alleinerziehenden sind nicht deshalb langzeitarbeitslos, weil sie nicht qualifiziert wären, weil sie nicht arbeiten wollten, weil sie keine Möglichkeit hätten, sich auf dem Arbeitsmarkt umzutun. Nein, sie sind alleinerziehend, weil sie ein Kind haben; sie sind alleinerziehend und arbeitslos, weil sie ein Kind haben.

Diese Situation mit der Kombination, qualifiziert zu sein, aber keine Chance zu haben, den Arbeitsplatz anzunehmen und aus der Langzeitarbeitslosigkeit herauszukommen, können wir nicht mehr tolerieren. Wir haben Jobcenter, wir haben Arbeitsagenturen, wir haben Kommunen, die mit in den Jobcentern sitzen. Wir haben Milliarden in die Kinderbetreuung investiert. Wir haben Unternehmen, die inzwischen händeringend Fachkräfte suchen.

Ich möchte, dass dieses Land in den nächsten Jahren bei der Gruppe der Alleinerziehenden in Langzeitarbeitslosigkeit eine Kehrtwende macht, dass es nicht mehr heißt „Die kann nicht mehr arbeiten, weil sie ein Kind hat“, sondern weil sie ein Kind hat, weil sie arbeiten möchte, weil sie auf eigenen Beinen stehen möchte, weil sie nicht in der Altersarmut landen möchte, werden wir bei den Jobcentern und in der Vermittlung der Alleinerziehenden in Arbeit in diesem Land neue Weichen stellen.

Ich möchte, dass es selbstverständlich ist, dass Kinderbetreuung angeboten wird und das Recht auf Weiterbildung, dass Kinderbetreuung angeboten wird und der Arbeitsplatz, und zwar in dieser Reihenfolge.

Meine Damen und Herren, wenn es etwas gibt, was diese Finanzkrise und die Strukturkrise uns jetzt vor Augen führen, dann dies: Wir brauchen jeden, wir brauchen jede, und wir sollten denjenigen, die bisher keine Chance gehabt haben, jetzt endlich die Türen öffnen, damit der Weg in Arbeit auch möglich ist. (Beifall)

Wir werden deshalb die Jobcenter-Reform auf den Weg bringen, die auch etwas Neues mit sich bringt, nämlich insofern, als – je nachdem, ob es eine Optionskommune oder eine Arge ist – ein Schleier des Nichtwissens über dem Erfolg im Jobcenter

liegt. Ich möchte, dass wir mit der Jobcenter-Reform ein lernendes System bekommen, dass wir in den Jobcentern Klarheit und Transparenz darüber kriegen, wie erfolgreich die Vermittlung in Arbeit ist, indem wir die Daten darüber bekommen, ganz egal, ob die Kommune, ob die Arbeitsverwaltung im Jobcenter oder ob die Optionskommune selbstständig die Arbeitsvermittlung macht.

Jeden Monat werden die Arbeitsmarktzahlen veröffentlicht. Warum wird nicht auch jeden Monat oder wenigstens jedes Vierteljahr in den Regionen vor Ort über die Erfolge oder die Misserfolge der Jobcenter diskutiert, also genau da, wo es hingehört? Bei den Gewerkschaften, bei den Kammern, bei den Unternehmen, in den Kreistagen, bei den Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern, genau da liegt die Verantwortung, meine Damen und Herren. Und wenn wir miteinander dieses lernende System aufbauen, wenn es uns gelingt, zu vergleichen und zu zeigen, wo die Jobcenter erfolgreich sind, zum Beispiel beim Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, und wo sie nicht erfolgreich sind, und man uns darauf antwortet, warum dies in einer bestimmten Region nicht geht und in einer anderen Region besser, dann, meine Damen und Herren, haben wir die Diskussion über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit genau dort vor Ort, wo die Verantwortung auch ist.

Ich möchte mit Ihnen in den nächsten Wochen und Monaten den Weg gehen, dass wir die Dinge, die kurzfristig anstehen, gemeinsam angehen, ob es der Mindestlohn in der Pflege, der Mindestlohn in der Zeitarbeit oder aber das Schließen von Schlupflöchern in der Zeitarbeit ist. Ich brauche Sie dabei. Ich möchte aber genauso, dass wir die Themen angehen, die vielleicht jetzt noch unbequem sind, nämlich die Frage, wie wir in einer Gesellschaft, die älter wird, Arbeit für Ältere möglich machen können, wie wir alle teilhaben lassen können, nicht nur eine Hälfte der Gesellschaft, sondern auch die andere Hälfte der Gesellschaft, die aus Frauen mit Kindern besteht. Ich weiß, dass wir nicht immer die gleichen Wege gehen werden. Ich weiß auch, dass wir nicht immer gemeinsam die gleichen Antworten finden werden. Aber ich weiß, dass wir gemeinsam, wenn wir ein Ziel definiert haben, das wir erreichen wollen, eine starke Stimme für die Gerechtigkeit in unserem Land entwickeln können. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. (Zuruf: Machen Sie doch mal endlich *Ihre* Hausaufgaben und nicht nur wir! Wir wollen doch miteinander diskutieren! – Beifall)

Ich habe zur Zeitarbeit deutlich gesagt, was ich zum Mindestlohn will. (Weitere Zurufe) Ich habe dem Betriebsrat und der jungen Frau, die vorgetragen hat, eben gesagt, dass sie sich über das Büro von Michael Sommer mit mir in Verbindung setzen mögen, damit wir gemeinsam gucken können, wie die rechtliche Lage ist – ich kann Ihnen das jetzt aus dem hohlen Bauch heraus nicht sagen –, damit ich sie dabei unterstützen kann, dass sie ihr Recht bekommen, dass wir gucken, ob vor dem Hintergrund der rechtlichen Situation Missbrauch stattgefunden hat oder ob es Schlupflöcher gibt, die man schließen muss. (Lebhafter Beifall – Zurufe)

Sie müssen mir zumindest fairerweise zugestehen, dass ich – ich glaube, das ist für eine Bundesministerin dann auch notwendig – mir anschau, wie die Situation ist. Vorher haben wir nicht miteinander geredet. Sie müssen mir schon Gelegenheit geben, dass ich mir anhöre, wie die Lage ist, um zu sehen, wo wir helfen können und wo es tatsächlich Löcher gibt, die gestopft werden müssen, oder Missstände, die abgestellt werden müssen. (Lebhafter Beifall) Soweit ich eben die Belegschaft, zumindest in Teilen, verstanden habe, werden sie dieses Angebot annehmen und in den nächsten Tagen mit mir den Kontakt suchen. (Erneut lebhafter Beifall)

Ich kann Ihnen nicht alles versprechen, und ich will Ihnen nicht alles versprechen. Aber ich möchte bei den Punkten, bei denen wir gemeinsame Interessen haben – das ist der Missbrauch in der Zeitarbeit und das sind die Lohnuntergrenzen da, wo sie in der Branche gefunden sind –, die notwendigen Maßnahmen umsetzen und den Missbrauch bekämpfen sowie die Lohnuntergrenzen umsetzen. Dazu brauche ich Sie, und das meine ich ernst. Ich möchte schlicht und einfach den Dialog mit Ihnen *erbitten*. Ich möchte aber auch, dass wir uns an die unbequemen Themen ranmachen. Das ist die Frage der Arbeit Älterer, und das ist die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ich habe Sie doch auch als meine Mitstreiter erlebt. (Zuruf: Und was ist mit der Jugend?) – Das ist genau das Thema, das auf Sie zukommt. Das sind genau die Themen, die für Sie, die Jugend, entscheidend sind. (Anhaltende Sprechchöre von Jugendlichen im Saal: Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Zukunft klaut! Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Zukunft klaut! – Beifall)

Kommen Sie her, kommen Sie auf die Bühne! (Die demonstrierenden Jugendlichen betreten die Bühne) – Wissen Sie, was ich Ihnen jetzt zurufe? Ich rufe: Ich bin nicht jung, doch ich bin laut, weil ich an Eure Zukunft glaub! – wenn ich mal eben schnell so dichten darf. (Stürmischer Beifall) Ich finde das völlig in Ordnung, ich finde auch das Lautsein völlig in Ordnung. Ich habe jetzt das Mikrofon und habe es deshalb leichter, laut zu sein. Ihr seid viele und könnt deshalb auch genauso laut sein.

Aber genau die Punkte, die wir angesprochen haben, wie Ausbildung für alle, sind richtig. Ihr könnt sicher sein, dass ich dabei an Eurer Seite stehe. Wir müssen die richtige Ausbildung finden, die Ausbildung in Berufen, die gesucht werden. „Gene-

ration prekär“ nicht mit uns. Das ist genau die Frage, für die ich auch schon häufig geradegestanden habe, dass ich zum Beispiel bei dem Thema „Ausweitung der Befristung“ sage: Nein! Nicht mehr an dem Punkt, nachdem ein Ausbildungsverhältnis abgeschlossen ist und man zum ersten Mal seine Befristung gehabt hat, danach muss Schluss sein. (Lebhafter Beifall) Das ist heute die Rechtslage, und daran wird sich nichts ändern. Das sind ja die Themen, die Sie hier beschäftigen. Wenn wir darüber sprechen, dass wir in der Zeitarbeit Lohnuntergrenzen und in der Pflege den Mindestlohn durchsetzen, dann sind das doch genau die Themen, die Sie betreffen werden.

Ich möchte das Jugendarbeitsschutzgesetz nicht ändern – ich habe das schon mehrfach gesagt –, weil ich es für richtig halte, weil ich finde, dass die Kinder abends schlafen sollen. (Beifall) Da sind meine Teenager zwar meistens dagegen, aber die Kinder oder die Jugendlichen sollen nicht abends oder nachts und am Wochenende in der Gastronomie arbeiten, sondern sie sollen lernen. Dafür müssen sie einen frischen Kopf haben. Das hört sich jetzt vielleicht ein bisschen bodenständig an, aber das ist meine Haltung aus der Erfahrung heraus, die ich nicht nur als Jugendministerin, sondern auch als Mutter gemacht habe.

Was haben wir noch? (Zuruf: Ausbildung für alle!) – Ja, Ausbildung für alle, da bin ich bei Ihnen. Wenn ich jetzt mal mit nackten Zahlen kommen darf, dann helfen die Ihnen wahrscheinlich nicht weiter. Aber im letzten Jahr ist die Zahl der Ausbildungsplätze um 8,2 Prozent zurückgegangen, aber es ist leider auch die Zahl der Ausbildungsplatzsuchenden um 8,8 Prozent zurückgegangen. Das heißt doch, liebe Leute, dass wir gucken müssen, dass für Euch die richtigen Ausbildungsplätze da sind, nicht nur in Form von Zahlen, die offensichtlich inzwischen hoch genug sind, sondern diese Ausbildungsplätze muss es genau auch in den Branchen geben, die ich für richtig halte.

So! Welches Thema haben wir noch gemeinsam? – Jetzt kommt Michael Sommer; der wird mir wahrscheinlich gleich das Mikrofon wegnehmen. (Michael Sommer: Nein, nein! – Heiterkeit)

Aber wenn ich noch ein Wort sagen darf, zumal ich weiß, dass ich hier nicht immer Begeisterung bei der Generation auslöse, die auch meine Generation ist. Die jungen Menschen, die hier um mich herumstehen, liebe Leute, sind diejenigen, die eines Tages mit ihren Kindern arbeiten und leben wollen. (Zuruf: Und die müssen bis 67 arbeiten!)

Ja, aber sie wollen es mit ihrer Familie, mit ihren Kindern vereinbaren, und das gilt für die Männer genauso wie für die Frauen. Und wenn es uns nicht gelingt, auf diesem Gebiet eine Kehrtwende zu vollbringen – ich meine eine Frau, die ein Kind hat und bei der die Liebe auf der Strecke blieb; sie ist qualifiziert, aber wegen ihres Kindes ist sie arbeitslos und hat keine Chance, aus der Langzeitarbeitslosigkeit zu kommen –, dann muss uns das doch umtreiben. Und mit diesem letzten Wort entlasse ich Sie jetzt. (Starker Beifall – Sprechchor der Jugendlichen: Wir sind jung! Wir sind laut, weil man uns die Zukunft klaut! – lang anhaltender lebhafter Beifall – in rhythmisches Klatschen übergehend)

•